

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

7. Januar 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 04.01.14 ereignete sich in der Hauptstadt Kabul ein Bombenanschlag nahe einem US-Stützpunkt. Der Anschlag galt vermutlich einem Fahrzeug der ISAF. Es soll keine Verletzten gegeben haben. Bei einem weiteren Anschlag auf einen Armeestützpunkt in der ostafghanischen Provinz Nangarhar (Distrikt Ghani Khel) wurde ein NATO-Soldat getötet. Am 06.01.14 wurde in der südafghanischen Provinz Helmand (im Distrikt Khanshin) ein acht- bis zehnjähriges Mädchen daran gehindert, einen Sprengstoffanschlag auf Grenzposten zu verüben. Die Behörden berichteten, dass das Kind von seinem Bruder, einem Taliban-Kommandanten, zu dem Anschlag mittels Sprengstoffweste gezwungen worden sei.

Bundeswehr veröffentlicht keine statistischen Angaben mehr zu Angriffen

Da die Angaben der afghanischen Streitkräfte zu ungenau und verspätet seien, werden künftig keine Zahlen zu sicherheitsrelevanten Vorfällen im Verantwortungsbereich der Bundeswehr mehr veröffentlicht.

Irak

Sicherheitslage

Nach Iraq Body Count liegt die Zahl der zivilen Opfer im Jahr 2013 bei 9.475. Dies ist die höchste Opferzahl seit dem Jahr 2008 mit 10.130 Todesopfern unter der Zivilbevölkerung. Gegenüber dem Jahr 2012 (4.574 Tote) hat sich die Zahl der Opfer mehr als verdoppelt.

Nach Angaben von UNAMI (United Nations Assistance Mission for Iraq) lag im Jahr 2013 die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung bei 7.818. Im Jahr 2008 seien es 6.787 Todesopfer gewesen.

Angaben der irakischen Regierung zufolge wurden 7.154 Menschen im Jahr 2013 getötet, 2008 seien es 8.995 gewesen.

Lage in Ramadi und Falluja

Nach Pressemeldung vom 02.01.14 brachten Kämpfer der Gruppe „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) in der Provinz Anbar mehrere Ortschaften unter ihre Kontrolle. Am 03.01.14 kam es in Falluja und Ramadi zu den schwersten Gefechten seit Jahren. Neben Falluja eroberte die Terrorgruppe auch Teile der Provinzhauptstadt Ramadi. Die dpa meldete am 07.01.14, dass die Lage in den Städten Ramadi und Falluja angespannt bleibe. Stammeskämpfer und Polizisten töteten am 07.01.14 in Ramadi fünf Angehörige der Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS). Zwei Angehörige der Gruppe wurden festgenommen. Nach der Eroberung von Falluja hatte der irakische Regierungschef Nouri al-Maliki am 06.01.14 die Bevölkerung und die Stämme von Falluja aufgerufen, die Terroristen zu vertreiben. Diese Forderung hat er nun erweitert. Er forderte die Stämme in Falluja auf, die Terroristen gefangen zu nehmen und an die staatlichen Sicherheitskräfte zu übergeben.

Angesichts des Wiedererstarkens von al-Qaida im Irak hat Iran dem Nachbarland Militärhilfe im Kampf gegen die Organisation angeboten, berichtete die amtliche iranische Nachrichtenagentur IRNA am 05.01.14.

Syrien/Irak

Irak und Syrien wollen ISIS unter Druck setzen

Nachdem Kämpfer der islamistischen Terrorgruppe „Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS)“ oder auch „Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIL)“ seit Monaten in Syrien und im Irak auf dem Vormarsch waren, riefen sie in Teilen Iraks und Syriens einen Gottesstaat aus. ISIS konzentrierte sich dabei insbesondere auf dünn besiedelte Wüstenregionen Syriens und des Iraks, in denen traditionell der Einfluss der Stämme groß ist. Der von ISIS-Terroristen verschleppte türkische Journalist Bünyamin Aygün wurde von einer Rebellengruppe aus den Händen der ISIS befreit und von einer Spezialeinheit des türkischen Geheimdienstes außer Landes gebracht.

Syrien

Opposition

In den vergangenen Monaten verlor die gemäßigte syrische Opposition an Einfluss. Die Truppen des Präsidenten Assad konnten gegenüber den moderaten Rebellen Boden gewinnen. Gleichzeitig wurden die radikalen und extremistischen islamistischen Gruppen stärker.

Die aus dem Exil agierende Opposition, die Nationale Syrische Allianz, bestätigte in der Nacht zum 06.01.14 ihren von Saudi-Arabien unterstützten Vorsitzenden, Ahmed al-Jarba (Dscharba), im Amt. Er hatte die Position im Juli 2013 übernommen.

Die oppositionelle Allianz will ihre Strategie für die geplante Friedenskonferenz beraten. Es ist noch nicht geklärt, wer für die Opposition verhandeln soll.

Uneinigkeit über Syrien-Friedenskonferenz

Die USA wenden sich weiter gegen eine direkte Teilnahme Irans an der ab 22.01.14 geplanten Syrien-Konferenz in Genf. Iran lehnt eine indirekte Beteiligung an den Gesprächen bisher ab. Auch Russland stimmte gegen den Vorschlag des UN-Generalsekretärs, Iran einzuladen. Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und der Syrien-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi wollen Iran in die Friedensverhandlungen einbinden. Das iranische Regime ist ein wichtiger Verbündeter des syrischen Staatschefs Bashar al-Assad.

An der Friedenskonferenz werden die Außenminister von ca. zwei Dutzend Ländern teilnehmen. Die USA und Russland hatten am 20.12.13 mit Vertretern der Vereinten Nationen über die Teilnehmer entschieden.

Pakistan

Sicherheitslage

Am 06.01.14 wurden bei einem Selbstmordattentat neben einer Schule in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa (Bezirk Hangu) zwei Menschen getötet. Der Bezirk wird hauptsächlich von Schiiten bewohnt. Die radikalislamische sunnitische Gruppierung „Lashkar-e-Jhangvi“ bekannte sich zu dem Anschlag.

Türkei

Korruptionsaffäre

Nach zahlreichen Verhaftungen im Rahmen der Korruptionsermittlungen hatten am 25.12.13 drei Minister ihren Rücktritt erklärt: der Wirtschaftsminister, der Umweltminister und der Innenminister. Daraufhin bildete Erdogan sein Kabinett um und besetzte zehn von den 26 Ministerposten neu. Nach türkischen Medienberichten sollen 350 Polizisten in der Nacht zum 07.01.14 vom Dienst suspendiert worden sein. 80 von ihnen seien in Führungspositionen der Abteilungen für Finanzkriminalität, für die Bekämpfung des Schmuggels und der organisierten Kriminalität bei der Polizei in Ankara beschäftigt gewesen. 250 der Posten seien bereits neu besetzt worden. Schon zuvor waren im Rahmen der Korruptionsermittlungen zahlreiche führende Polizeibeamte zwangsversetzt worden, da sie angeblich die Regierung nicht vorab über die Ermittlungen und Festnahmen informiert hatten.

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül distanzierte sich in seiner Neujahrsansprache von Ministerpräsident Erdogan. Er erklärte, seine Landsleute müssten alle Recht und Gesetz respektieren sowie die Unabhängigkeit der Justiz. Keine Institution könne Macht über die Regeln der Verfassung hinaus beanspruchen.

Er riet zu Gelassenheit und zu einer konsequenten Aufklärung der Korruptionsvorwürfe. Erdogan hatte zuvor die Justiz einer Verschwörung gegen seine Regierung bezichtigt und die Ermittlungen als einen „versuchten Mordanschlag auf den Volkswillen“ bezeichnet.

Ägypten

Tote bei Zusammenstößen zwischen Muslimbrüdern und Polizei

Trotz drohender hoher Strafen setzten die Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi ihre Proteste fort. Am 03.01.14 kamen bei den seit mehreren Monaten schwersten Zusammenstößen mit Sicherheitskräften landesweit 17 Menschen ums Leben, davon zehn in Kairo, weitere in Alexandria, Ismailia, Fajum und der Provinz Minia.

Tunesien

Wichtige Verfassungsartikel beschlossen

Die tunesische Nationalversammlung beschloss am Wochenende mit großer Mehrheit einen Verfassungsartikel zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen. „Alle männlichen und weiblichen Staatsbürger haben dieselben Rechte und Pflichten. Vor dem Gesetz sind sie gleich, ohne Benachteiligung“, lautet Artikel 20 des Verfassungsentwurfs, der von der Nationalversammlung, die zugleich verfassungsgebende Versammlung ist, verabschiedet wurde. Das Votum über Artikel 45, der ausdrücklich Frauenrechte und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern garantiert, steht noch an. Die Abstimmung über die Verfassung hatte nach langen Verzögerungen am 03.01.14 begonnen. Beabsichtigt ist, bis zum 14.01.2014 (3. Jahrestag des Sturzes des langjährigen Machthabers Zine al-Abidine Ben Ali) über alle 146 Artikel der Verfassung und etwa 250 Änderungsanträge abzustimmen. Ein Wahlgesetz für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen soll ebenfalls fertiggestellt werden.

Die Nationalversammlung entschied zudem am 04.01.2014 mit 146 der 149 abgegebenen Stimmen, den Koran nicht zur Hauptquelle der Gesetzgebung zu machen. In den verabschiedeten ersten beiden Artikeln der neuen Verfassung ist ausdrücklich eine „zivile Republik“ festgeschrieben: „Tunesien ist ein freier, unabhängiger und souveräner Staat. Der Islam ist seine Religion, Arabisch ist seine Sprache und die Republik ist seine Staatsform. Es ist nicht möglich, diesen Artikel zu ändern“, heißt es im ersten Artikel.

Südsudan

Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien

Auf Druck der internationalen Gemeinschaft und nach mehrtägigen Vorbereitungen sollen am 08.01.14 in Addis Abeba Verhandlungen zwischen der südsudanesischen Regierung und den Rebellen um Riek Machar über eine friedliche Beilegung des Konfliktes beginnen. Ein kurzes Vorgespräch fand bereits am 06.01.14 statt.

Hauptforderung der Rebellen wird die Freilassung von elf Politikern sein, die im Dezember wegen angeblicher Beteiligung an einem Putsch inhaftiert wurden. Diese Forderung lehnt die Regierung bisher ab. Eine weitere Forderung der Opposition, die Aufteilung der Macht zwischen Präsident Kiir und Riek Machar, schloss Kiir bereits aus.

Weiterhin Kämpfe

Trotz der anstehenden Verhandlungen kommt es vor allem in der Region um Bor, Hauptstadt des Bundesstaates Jonglei, weiterhin zu Kämpfen. Auseinandersetzungen finden auch rund um die Stadt Yei im Bundesstaat Central Equatoria statt. Einheiten der südsudanesischen Armee sollen zu den Rebellen übergelaufen sein. Hilfe erhält die Regierung von Uganda. Seit dem 05.01.14 sollen ugandische Truppen die Grenze zu Südsudan überqueren. Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat sich bereits zuvor öffentlich auf die Seite Kiirs gestellt. Bisher forderte der Konflikt Schätzungen zufolge mehrere tausend Tote und trieb 200.000 Menschen in die Flucht.

Sudans Präsident besucht Südsudan

Sudans Präsident al-Bashir stattete am 06.01.14 seinem Amtskollegen Kiir einen kurzen Besuch ab. Berichten zufolge erwägen al-Bashir und Kiir eine gemeinsame Truppe zum Schutz der Ölfelder. Ein Sturz der Regierung in Juba würde die Ölförderung gefährden und auch für Khartum schwere wirtschaftliche Schäden bedeuten. Über sudanesisches Territorium führt die einzige Pipeline, mit der südsudanesisches Öl exportiert werden kann. Für den Öltransport zahlt Südsudan an Sudan erhebliche Gebühren.

DR Kongo

Rund 100 Tote bei Putschversuch

Am Morgen des 30.12.13 attackierten in Kongos Hauptstadt Kinshasa mehrere Hundert bewaffnete Anhänger des selbsternannten Propheten Paul Joseph Mukungubila den Sitz des staatlichen Fernsehsenders RTNC, den internationalen Flughafen Ndjili, die Militärbasis „Camp Tshatshi“ (Sitz des Militärhauptquartiers) sowie den Präsidentensitz „Palais de Marbre“. Ferner besetzten sie in Kindu, Hauptstadt der östlichen Provinz Maniema, kurzzeitig den Flughafen. Zu Kämpfen zwischen Mukungubilas Anhängern und den Sicherheitskräften kam es auch in der Nähe von dessen Residenz in Lubumbashi, der Hauptstadt der südlichen Provinz Katanga. Die Sicherheitskräfte beendeten den Aufstand nach wenigen Stunden. Laut Regierungsangaben wurden 150 Angreifer verhaftet sowie 92 getötet (52 in Kinshasa, 40 in Lubumbashi). Die eigenen Verluste hätten unter zehn Personen gelegen.

Laut Angaben des flüchtigen Mukungubila vom 31.12.13 wurde der Aufstand seiner Anhänger dadurch ausgelöst, dass Soldaten seine Residenz in Lubumbashi angegriffen hätten, nachdem er Kritik an Staatspräsident Kabila geübt habe. Diese Darstellung wird von der Regierung bestritten. Auch die zeitgleichen und koordinierten Angriffe in Kinshasa sprechen gegen die Darstellung Mukungubilas.

Der 1947 geborene Mukungubila, der sich „Prophet der Ewigkeit“ nennt und einer evangelikalen Kirche mit dem Namen „Ministerium der Wiederherstellung“ vorsteht, errang 2006 bei den vorletzten Präsidentschaftswahlen 0,35 Prozent der Stimmen. Seit Jahren führt Mukungubila eine Kampagne gegen den im tansanischen und ugandischen Exil aufgewachsenen kongolesischen Präsident Joseph Kabila, den er als „Ruander“ bezeichnet.

Somalia

Tote bei Anschlag in Mogadischu

Am 01.01.14 kamen bei der Explosion von zwei Autobomben vor einem Hotel in Mogadischu elf Menschen ums Leben, 18 wurden verletzt. Am 02.01.14 bekannte sich die al-Shabaab zu dem Anschlag. Nach Angaben von Ali Rage, dem Sprecher der Islamisten, habe der Anschlag einem Treffen hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter gegolten.

Russische Föderation

Putin erlaubt Demonstrationen in Sotschi unter strengen Auflagen

Fünf Wochen vor den Olympischen Winterspielen in Sotschi hat der russische Präsident Wladimir Putin das generelle Demonstrationsverbot bei den Spielen aufgehoben. Putin unterzeichnete am 04.01.14 ein Dekret, das während des Sportereignisses Demonstrationen und Protestmärsche in einer speziellen Zone der Schwarzmeerstadt erlaubt, allerdings nur nach behördlicher Genehmigung. Der Staatschef gab damit dem Druck des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nach. Laut dem Dekret müssen Proteste bei den städtischen Behörden angemeldet werden. Sie entscheiden dann über Ort oder Strecke der Proteste sowie über die zugelassene Zahl der Teilnehmer.

Libanon

Anschläge in Beirut

Am 02.01.14 wurden bei einem Autobombenanschlag im Süden Beiruts, in etwa 200 Metern Entfernung vom Hauptquartier der Hizbollah im südlichen Stadtteil Harat (Haret) Hreik, mindestens sechs Menschen getötet und mehr als 70 verletzt. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte den Anschlag. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte, der Vorfall zeuge von einer zunehmend beunruhigenden Eskalation der Gewalt im Libanon. Am 27.12.13 waren bereits fünf Personen, darunter der sunnitische Politiker und frühere Finanzminister Mohammed Schattah, durch eine Autobombe getötet und ca. 50 verletzt worden. Bekannt hatte sich zu dem Anschlag niemand, im sunnitischen Lager wurde die Hizbollah hierfür verantwortlich gemacht.

Mutmaßlicher Hintermann des Anschlags auf die iranische Botschaft festgenommen und verstorben

Am 01.01.14 teilte Libanons Verteidigungsminister Fajes Ghosn mit, die libanesischen Sicherheitskräfte hätten einen mutmaßlichen Hintermann des Selbstmordanschlags auf die iranische Botschaft vom 19.11.13 (vgl. BN v. 25.11.13) festgenommen, den sog. Emir der Abdallah-Assam Brigaden, Majid al-Majid. Am 04.01.14 sei er an Nierenversagen im Krankenhaus verstorben.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

US-Außenminister fordert Rückkehr einer begrenzten Zahl palästinensischer Flüchtlinge

Die israelische Zeitung „Maariv“-berichtete am 06.01.14 in ihrer Online-Ausgabe, US-Außenminister Kerry habe den israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu im Rahmen der jüngsten Vermittlungsbemühungen gedrängt, einer begrenzten Anzahl palästinensischer Flüchtlinge ein Rückkehrrecht nach Israel einzuräumen. Im Gegenzug bemühe Kerry sich um eine palästinensische Anerkennung von Israel als jüdischer Staat. Während des ersten Nahost-Kriegs von 1948 waren etwa 700.000 Palästinenser geflohen oder vertrieben worden. Einschließlich Nachkommen sind es heute nach UN-Angaben etwa fünf Millionen. Israel lehnt ihre Rückkehr ab, weil dies die jüdische Mehrheit gefährde.

Hamas bietet Fatah-Mitgliedern Rückkehr in Gazastreifen an

Die im Gazastreifen herrschende radikalislamische Hamas ist anscheinend um Versöhnung mit der gemäßigten al-Fatah-Organisation bemüht und erlaubt deshalb deren Mitgliedern die Rückkehr in den Gazastreifen. Dies gelte bedingungslos für alle al-Fatah-Mitglieder, die den Gazastreifen seit dem Regierungsantritt der Hamas im Jahr 2007 verlassen hätten, sagte Hamas-Ministerpräsident Ismail Haniyeh am 06.01.14. Ausgenommen seien lediglich Personen, gegen die Verfahren wegen der Tötung von Hamas-Mitgliedern anhängig seien. Die Hamas hatte im Juni 2007 nach Kämpfen mit al-Fatah die Kontrolle über den Gazastreifen übernommen. Hunderte Sicherheitskräfte der Fatah flohen seinerzeit nach Ägypten. In den vergangenen Jahren blieben mehrere Versuche erfolglos, den innerpalästinensischen Konflikt beizulegen.

Tausende afrikanische Flüchtlinge demonstrieren vor Botschaften in Tel Aviv

Tausende afrikanischer Flüchtlinge - viele von ihnen aus Eritrea und dem Sudan - haben am 06. und 07.01.14 in Tel Aviv vor ausländischen Botschaften für ein Asylrecht in Israel demonstriert. Der Protest richtet sich unter anderem gegen ihre Unterbringung in einer neuen Anlage an der Grenze zu Ägypten. Die UNHCR-Vertreterin in Israel äußerte sich „besonders beunruhigt“ über die Internierung der Flüchtlinge in der neuen Anlage. Für den 08.01.14 sind weitere Aktionen geplant. Israel stuft die afrikanischen Flüchtlinge, deren Zahl auf etwa 60.000 geschätzt wird, als illegale Einwanderer ein. Die rechtsgerichtete Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu will den Zustrom von Flüchtlingen möglichst ganz unterbinden und bereits im Land lebende illegale Einwanderer zurückschicken.

Bangladesch

Awami-League gewinnt Parlamentswahlen

Nach vorläufigen Ergebnissen der Wahlkommission hat die regierende Awami-League von Ministerpräsidentin Sheikh Hasina mehr als zwei Drittel aller Mandate gewonnen. Die Wahlbeteiligung soll äußerst gering gewesen sein. Sie wird auf unter 20 % geschätzt. Die wichtigste Oppositionspartei BNP (Bangladesh Nationalist Party) hatte die Wahl boykottiert. Im Vorfeld und während der Wahlen war es zu zahlreichen Gewalttaten gekommen. Allein am 05.01.14 wurden 18 Menschen getötet, mehr als 130 Wahllokale in Brand gesetzt oder gestürmt. In Hunderten Wahllokalen wurde die Stimmabgabe wegen der Gewalt ausgesetzt. Internationale Beobachter gehen davon aus, dass es sich nicht um faire Wahlen gehandelt hat.

China

Tote bei Angriff auf Polizeistation in Xinjiang

Einer offiziellen Verlautbarung zufolge griff eine Gruppe „Terroristen“ am 30.12.13 eine Polizeistation in Shache in der Nähe von Kashgar in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang an. Die Polizei erschoss acht der Angreifer.

Ständiger Ausschuss des Volkskongresses bringt Reformen auf den Weg

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses verabschiedete am 28.12.13 eine Resolution, durch welche die im November angekündigte Lockerung der Familienplanungspolitik sowie die Abschaffung der Umerziehungslager (vgl. BN v. 18.11.13) in Kraft treten. Wie Behörden schon im Vorfeld ankündigten, werden sie die neuen Bestimmungen zur Ein-Kind-Politik erst schrittweise einführen. Kritiker werfen der Regierung vor, einige Umerziehungslager hätten im Zuge der Reform nur ihren Namen geändert und würden nun als „Rehabilitierungsanstalten für Drogenabhängige“ nach den alten Methoden weiter betrieben.